

Der Fußball-Bundesligist beruft sich Polster zufolge auf seine Vereinssatzung: „Der Verein fördert die Funktion des Sports als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine sportliche Heimat“, heißt es dort.

Mitglieder, die durch ihr Verhalten das Ansehen des Vereins schädigten oder eine rassistische Gesinnung offenbarten, können aus dem Club ausgeschlossen werden, bestätigte Polster. Pühse besitze seit Februar die Vereinsmitgliedschaft. In einem Schreiben vom Dienstag weist Pühse die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück und drängt auf eine Anhörung durch das Präsidium. Freiwillig werde er nicht austreten.

Für den 30. April hat die NPD in Bremen zu Aufmärschen aufgerufen. Ein geplanter „Sozialkongress“ und eine Demonstration am 1. Mai war durch das Bremer Bündnis „keinen Meter“ verhindert worden. Die rechtsextreme Partei hofft bei der Bremer Landtagswahl am 22. Mai von einer Sonderregel im Wahlrecht profitieren zu können: Danach können Parteien bereits in den Landtag einziehen, wenn sie allein in Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde nehmen. In Kombination mit einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre spekuliert die NPD auf den ersten Einzug in ein westdeutsches Parlament seit Jahrzehnten. Internet: www.werder.de; www.keinen-meter.org (9116/19.4.11)

Gesellschaft



Studie: Arme Menschen zusätzlich gesundheitlich belastet

Braunschweig (epd). In immer weniger Haushalten mit geringem Einkommen reicht das Geld tatsächlich bis zum Monatsende. Neben der Finanznot belasten gesundheitliche Probleme einer aktuellen Studie der Braunschweiger Diakonie zufolge arme Familien am meisten. Zum Zeitpunkt der Befragung hätten sich 39 Prozent der Erwachsenen in ärztlicher Behandlung befunden, sagte Diakoniedirektor Lothar Stempin am Dienstag. Das seien fast doppelt so viele wie bei Menschen mit höherem Einkommen.

Über einen Zeitraum von zwei Jahren seien mehr als 300 Familien mit geringem sowie eine Kontrollgruppe mit höherem Einkommen interviewt worden. Laut Stempin handelt es sich dabei um die bundesweit umfangreichste Arbeit zum Thema Familienarmut auf kommunaler Ebene in den vergangenen fünf Jahre.

Das Bildungspaket von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) sei der falsche Weg, um den sozialen Absturz wirksam zu stoppen, sagte Stempin. Die Studie habe gezeigt, dass viele Familien mit geringem Einkommen extrem verantwortungsbewusst mit Geld umgingen. Ihnen könne guten Gewissens direkt das Geld aus dem Bildungspaket überlassen werden: „Wenn richtige

Soziales

Ansätze im Gewand des Misstrauens daher kommen, ist die Zurückhaltung der Betroffenen nachvollziehbar und die Skepsis der Kommunen verständlich", betonte der Diakoniedirektor.

An vielen Stellen müssten vorhandene Hilfsangebote neu justiert werden, sagte der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Friedrich Weber. „Die Bekämpfung der Familienarmut ist nicht nur eine sozialpolitische Herausforderung, sondern vielmehr eine Wertentscheidung zugunsten jeder einzelnen Person“, sagte er.

Der Studie zufolge verdient ein Erwachsener mit geringem Einkommen nicht mehr als 891 Euro im Monat. Eine Familie mit einem Kind gilt demnach als geringverdienend, wenn das Nettoeinkommen unter 1.604 Euro liegt. (9152/19.4.11)

Soziales

Diakonie begrüßt Überlegungen zur 24-Stunden-Betreuung

Hannover/Berlin (epd). Vertreter der Diakonie in Niedersachsen haben Überlegungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Pflegereform begrüßt. In einem Diskussionspapier schlagen die Gesundheitspolitiker der Unionsparteien ein neues Finanzierungsmodell nach österreichischem Vorbild vor, um eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung alter Menschen in ihrem Zuhause zu ermöglichen.

Dem Papier zufolge sollen dabei die Betreuungskräfte ein eigenes Zimmer und freie Kost bekommen sowie 800 bis 1.000 Euro im Monat verdienen. Die Sozialbeiträge und damit die Voraussetzung für eine legale Beschäftigung sollen wie in Österreich von den Pflegekassen übernommen werden. Das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung in Köln schätzt, dass bereits rund 100.000 Haushaltshilfen aus mittel- und osteuropäischen Ländern in deutschen Familien alte Menschen betreuen. Viele von ihnen arbeiten schwarz.

Der Direktor des Diakonischen Werkes der hannoverschen Landeskirche, Christoph Künkel, sagte: „Wir begrüßen es, wenn Menschen aus der Illegalität heraus in vernünftig geregelte Arbeitsverhältnisse überführt werden.“ Allerdings sei es eine Illusion, damit den Pflegenotstand beheben zu können. Die Betreuerinnen etwa aus Polen dürften nur in der Hausarbeit eingesetzt werden. Es bleibe offen, wie sie in ihren Rechten, etwa auf eine geregelte Arbeitszeit, geschützt werden sollen. Auch müsse gesichert werden, dass keine pflegerische Arbeit geleistet wird. Dies dürften nur ausgebildete Fachkräfte.

Nach Ansicht des Oldenburger Diakonie-Chefs Thomas Feld muss dringend die Frage nach der Qualität der Arbeit gestellt werden. „Gerade die Betreuung dementer Menschen ist höchst anspruchsvoll und psychisch wie körperlich